



KOMMENTARE

Der Inhalt zählt

Von Christian Altmeier

Barack Obama macht in Deutschland derzeit weniger durch politische Aussagen von sich reden als durch Spekulationen, wo er denn nun auftreten wird. Heidelberg scheint dabei aus dem Rennen zu sein. Der Senator verpasst damit zwar die Chance auf schöne Bilder mit Schloss und Alter Brücke im Hintergrund. Doch die Stadt am Neckar liegt für den eng gesteckten Zeitplan des Kandidaten wohl zu weit abseits der Reiseroute. Zumal er ein Treffen mit US-Soldaten – wohl das stärkste Argument für einen Besuch in Heidelberg – auch bei seinen Visiten in Irak und Afghanistan haben wird. Die Berliner dürfen indes weiter spekulieren, wo Obama reden wird. Vieles spricht für die Siegessäule: Sie bietet eine ansprechende Kulisse und viel Platz.

Wenn die Entscheidung gefallen ist, dürfte auch der Inhalt der Rede wieder stärker in den Vordergrund rücken. Schließlich will Obama Grundsätzliches zu den transatlantischen Beziehungen sagen – und auch seine Ansprüche an die Verbündeten artikulieren. Das mag ernüchternd sein. Doch allein die Tatsache, dass Obama das direkte Gespräch mit den Partnern sucht, stellt eine signifikante Verbesserung im transatlantischen Verhältnis dar. Von einem guten Verhältnis zu den USA profitiert wiederum Heidelberg in besonderem Maße – selbst wenn Obama (diesmal) nicht an den Neckar kommen sollte.

Auge um Auge?

Von Klaus Welzel

Man kann es pragmatisch sehen: Entführungen lohnen sich in Israel – selbst dann, wenn die Opfer als Leichen nach Hause zurückkehren. Doch der durch Korruptionsskandale angeschlagene Premier Olmert konnte nicht anders. Er gab dem Drängen der Angehörigen nach, die wenigstens die Toten heimgekehrt wissen wollten. Der Austausch zweier Leichen gegen fünf Terroristen – er ist der Abschluss eines traurigen Kapitels, das nach der Entführung im Sommer 2006 mit einem sinnlosen Libanonfeldzug der Israelis seinen Anfang nahm und vermutlich mit der Abwahl Ehud Olmerts beendet sein wird.

Was bleibt, ist die Hoffnungslosigkeit. Denn wie soll Frieden geschaffen werden in einer Region, in der die einen den Tod der anderen feiern? Und – auch das gehört zum realen Bild im Nahen Osten – in einer Region, in der Steine werfende Kinder von der israelischen Staatsmacht zu Terroristen radikalisiert werden? Es wird schwer sein für Israel, den jetzigen Provokationen und Hämebekundungen Stand zu halten ohne militärisch zu reagieren. Doch nicht Auge um Auge, sondern Vergebung ist das einzige Prinzip, das auf Dauer zu Frieden führen kann. Eine Lektion, die zuletzt Südafrika und Irland gelernt und schmerzhaft vollzogen haben.

Wulff & Schaf

Von Manfred Fritz

Warum denn gleich nach dem Pferdefuß in der überraschenden Verzichtserklärung fragen? Der niedersächsische Regierungschef war nie der „Wulff im Schafspelz“, für den man ihn gehalten hat – auch wenn ihm das schmeichelte. Der Mann will nicht Kanzler werden, nicht einmal Minister in einem eventuell zweiten Kabinett Merkel. Na und? Damit ist ja der Umkehrschluss noch nicht erbracht, er sei ein politisches Schaf im Schafspelz.

Christian Wulff hat, mehr mit Beharrlichkeit und guten Manieren, Niedersachsen zur sicheren Bank für eine bürgerliche Koalition gemacht. Ihm stehen genügend Beispiele vor Augen, wo wichtige Ämter zu Menschen kamen, die in diesem Moment besser zur Seite getreten wären. Und Geschichte wiederholt sich auch nicht: Dass Gerhard Schröder 1998 die niedersächsische Landtagswahl zum Kanzlersprungbrett machte und damit Oskar Lafontaine niederrang, ist Schnee von gestern. Auch das Ergebnis spricht nicht unbedingt für die Methode.

Für die CDU wird damit allerdings die Personaldecke für Spitzenämter dünner. Koch hat sich selbst in Quarantäne geschickt, Oettinger übt noch, Merz hat resigniert. Wenigstens parteiintern kann Merkel „durchregieren“. Sie ist ungefährdet und ohne Alternative. Aber nicht mehr unumstritten.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Der Mann, der sich nicht traut?

Wulff rüttelt nicht am Kanzleramt wie einst Schröder – „Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht“

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin/ Hannover. „Nein“, den Job traue er sich nicht zu. Am Zaun des Kanzleramts rütteln wie einst Gerhard Schröder wolle er nicht, versichert Christian Wulff. Der selbstbewusste CDU-Vize, Ministerpräsident in Niedersachsen, wegen seines sympathischen Auftretens auch als „Schwarm aller Schwiegermütter“ bekannt, übt sich plötzlich in neuer Bescheidenheit. „Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen“, lässt der 49-jährige Jurist in einem Interview wissen.

Das Merkel-Lob verwundert

Er sehe sich nicht als „Alphatier“ wie Angela Merkel, Franz Müntefering oder Roland Koch. Sein Platz, versichert Wulff, sei Hannover. „Auf mich wartet in Berlin niemand.“ Und fügt hinzu: „Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler.“ Wulff zeigt er sich frei von Ambitionen auf das höchste Regierungsamt. „Angela Merkel ist eine sichere Bank“, bekennt sich Wulff zur Kanzlerin, und stellt sie auch als CDU-Chefin nicht in Frage. Warum auf einmal so bescheiden? Gerade erst hatte Wulff den Landesvorsitz in Niedersachsen an den jüngeren David McAllister abgegeben – und damit auch die Ankündigung verbunden, er wolle künftig stärker in der Bundespolitik mitmischen.

Von manchem Beobachter war darin eine Kampfansage an Merkel gesehen worden. Mehr Teamarbeit hatte der Niedersachse von ihr verlangt. Am Regierungsprogramm der CDU für die Zeit

nach 2009 wolle er mitarbeiten und sich persönlich um den richtigen Kurs in der Steuer- und Wirtschaftspolitik kümmern. Denn seit Merkel den widerspenstigen Wirtschaftsexperten Friedrich Merz „weggebissen“ hat, fehlt es der CDU an einschlägiger Kompetenz. Wulff bekräftigt jetzt: „Mir geht es um das Profil der CDU.“

Wulffs Wortmeldungen in den letzten

Erst bundespolitische Ambitionen erkennen lassen, nur um ein wenig später demonstrativ zu betonen, sich die Kanzlerschaft nicht zuzutrauen – ein Schwenk, der Wulff zumindest im Berliner Regierungsviertel nicht so richtig abgenommen wird. „Vielleicht kokettiert er hier ein wenig“, kommentiert ein Spitzenmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Wulffs neue Bescheidenheit. In der niedersächsischen CDU werden die Manöver des Ministerpräsidenten für nachvollziehbar gehalten. Merkels Stellung sei unangefochten. Da sei es besser, Ministerpräsident und stellvertretender CDU-Vorsitzender zu bleiben.

Oder ist es nur ein Trick?

Das zumindest verspreche mehr Einfluss und mehr Freiheiten „als jeder Ministerposten an Merkels Kabinetttisch“. Mit seinem Bekenntnis, nicht Kanzler werden zu wollen, habe Wulff jede aufkommende Personaldebatte im Keim zu ersticken versucht, heißt es in der Niedersachsen-CDU.

Geht Wulff jetzt in Deckung, um seine Chance zu suchen, falls Merkels Stern eines Tages sinkt? „Abwarten“, so ein Mitglied des Landesvorstandes im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. „2013 ist die übernächste Bundestagswahl. In der Politik ist das eine Ewigkeit.“ Allerdings, in dem er alle Ambitionen auf Berliner Ämter beiseite schiebt, macht er sich auch angreifbar – für die Opposition in Hannover. Denn diese wird versuchen, ihn als „lahme Ente“ vorzuführen.



Von ihrem Stellvertreter Christian Wulff hat Angela Merkel nichts zu befürchten – glaubt sie seinen Beteuerungen, er halte sich nicht für Kanzler-tauglich. Foto: AP

Wochen waren im Kanzleramt und im Konrad-Adenauer-Haus bereits als klares Signal gewertet worden, da wolle sich einer für höhere Aufgaben empfehlen – womöglich in einem ersten Schritt für den Job des Bundeswirtschaftsministers nach der Bundestagswahl 2009. Doch wurde auch davon ausgegangen, dass sich der Niedersachse im Zweifel auch für geeignet halten könnte einzuspringen, sollte Merkel stolpern. Inzwischen aber hat er die Tonlage radikal verändert, bekennt sich klarer zum Kurs der Kanzlerin als bisher, betont, dass er seine Zukunft in Hannover sieht.

„Auf Punkt und Komma prüfen“

Kabinett beschließt Mindestlöhne für weitere Branchen – Gewerkschaften befürchten niedrigere Tarife

Von Christoph Slangen, RNZ Berlin

Berlin. „Ja, es ist ein Durchbruch“, freute sich Arbeitsminister Olaf Scholz. Das Kabinett hatte am Vormittag die Gesetze für Mindestlöhne abgelesen, nachdem Scholz und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) bis in die Nacht um letzte Details gefeilscht hatten. Doppelt so viele Menschen wie bisher – 3,6 Millionen statt 1,8 Millionen – könnten nun von Mindestlöhnen profitieren, ist der Arbeitsminister zuversichtlich. Doch sind die Gesetzentwürfe des Kabinetts bei den betroffenen Lobbygruppen beider Seiten, Gewerkschaften und Arbeitgebern, wenig beliebt. Und die politische Schlacht um Mindestlöhne steht erst noch bevor.

Die Sorgen des Wirtschaftsministers richten sich auf die Ausbebelung der Tarifautonomie durch die Mindestlohngesetze. Er hat Nachbesserungen in seinem Sinne erreicht, die aus Sicht des Arbeitsministers unproblematisch sind. Dafür sind die Gewerkschaften alarmiert. Der Kompromiss werde nur für ganz wenige Branchen Verbesserungen bringen, „weil Minigewerkschaften und ihre Tarifverträge

sogar bei Lohn- und Sozialdumping geschützt werden“, beschwert sich DGB-Vize Ingrid Sehrbrock im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

Tatsächlich hatte der Wirtschaftsminister ausgehandelt, dass Tarifverträge, die weniger als den Mindestlohn beinhalten, weitergelten können bis ihre reguläre Geltungsdauer ausgelaufen ist. Theoretisch können sie nun auch durch neue Tarifverträge unterhalb des eigentlichen Mindestlohns abgelöst werden, so dass die verbindliche Lohnuntergrenze in einer Branche ausgehebelt werden könnte.

Doch Praktiker weisen darauf hin, dass diese Option kaum zum Tragen kommen dürfte: Wenn für eine Branche ein Mindestlohn nach dem Mindesttarifbedingungsengesetz gesetzlich festgelegt sei, würden die Tarifverträge mit Sicherheit auslaufen. Denn keine Gewerkschaft könne es sich erlauben, neue Tarifverträge unterhalb eines Mindestlohns zu vereinbaren. Mit dem Auslaufen alter Tarifverträge dürfte sich deshalb nach ein, zwei Jahren der Mindestlohn in einer Branche automatisch durchsetzen. Auch beim Entsendegesetz hat Glos im Übrigen Formu-

lierungen durchgesetzt, die als Sicherungen dienen sollen, damit ein Mindestlohn nicht automatisch nach dem höchsten in der Branche geltenden Tarifvertragslohn festgesetzt wird. Gibt es konkurrierende Verträge, muss ein schonender Ausgleich gefunden werden.

Die Gewerkschaften argwöhnen, dass die Weichen gestellt werden, um niedrigere Tarifverträge zum verbindlichen Mindestlohn zu machen. Wie bei der Zeitarbeit. In dieser Branche gibt es einen Lohn im DGB-Tarifvertrag mit zwei Arbeitgeberverbänden, einen niedrigeren im Tarifvertrag der Christlichen Gewerkschaften mit einem dritten Arbeitgeberverband. Wer kommt nun zum Zuge? Geht es nach der Union, ist ein Mindestlohn in dieser Branche ohnehin überflüssig.

Der Arbeitgeberflügel der Union ist trotz Einigung skeptisch: „Auf Punkt und Komma prüfen“ will der Vorsitzende Michael Fuchs (CDU) die Gesetze. Die eigentliche Auseinandersetzung über die Ausgestaltung der Gesetze und über die Liste der Branchen, die ins Entsendegesetz aufgenommen werden, findet also erst noch im Parlament statt.

Obama hat das letzte Wort

Warum sich der Senator doch für Heidelberg entscheiden könnte

Von Alexander R. Wenisch und Christian Altmeier

Heidelberg. Bleibt Barack Obama der Charme Heidelbergers am Ende doch verborgen? Geht man nach den Informationen des SPD-Außenexperten Gert Weisskirchen spielt die Stadt am Neckar in den Planungen des Teams, das die Europareise des Demokraten vorbereitet, überhaupt keine Rolle. Es gibt allerdings noch eine letzte Chance: Obama selbst. Denn auch Weisskirchen weist ausdrücklich darauf hin, dass der Präsidentschaftsbewerber das letzte Wort darüber hat, wo die Reise hingehet. Sollte ihn die Einladung von Stadt und Universität also überzeugen, könnte er sich doch noch für eine Stippvisite am Neckar entscheiden. Möglicherweise berichtet ihm auch seine Halbschwester Maya Soetero-Ng, die in Heidelberg studiert hat, wie schön es dort ist. Es gibt also Gründe genug, dass Oberbürgermeister Eckart Würzner optimistisch bleibt und den Besuch nicht vorschnell abschreibt. Schließlich ist noch keine offizielle Absage eingegangen. Und Heidelberg hat einiges zu bieten.

Jakob Köllhofer zum Beispiel. Der umtriebige Chef des Deutsch-Amerikanischen Instituts arbeitet bereits an einer Begrüßungskampagne für den US-Präsidentschaftsbewerber. Köllhofers Slogan: „amabObama“. Also Obama rückwärts, das „O“ zweimal gelesen und daraus ein lateinisches Wortspiel gebastelt: Obama, wir werden dich lieben. Möglicherweise wird man dem US-Senator diesen Wortverdrehen erklären müssen, sollte er denn tatsächlich der Einladung von Stadt und Uni folgen. Aber seine Wirkung würde „amabObama“ sicher nicht verfehlen. Ist zumindest Köllhofer überzeugt.

Begrüßung mit „amabObama“

Detlef Junker, Amerikaner und Direktor des Heidelberg Center for American Studies begrüßt die Bewerbung der Stadt und der Uni. Dass sich die beiden Institutionen zusammengenügen hätten, würde „die Durchschlagskraft der Einladung“ enorm erhöhen, ist er sicher. Junker führt gleich drei Gründe ins Feld, warum er es nicht für so abwegig hält, dass Obama letztendlich auch zusagt. Der US-Senator habe in Harvard studiert und wisse also, dass Harvard so wenig mit Washington gleichzusetzen sei wie Heidelberg mit Berlin. „Aber Heidelberg ist wie Harvard eine Universitätsstadt mit Tradition.“ Und die Ruperto Carola sei ein „würdiger Ort für eine politische Grundsatzrede“, die Obama ja in Deutschland halten will. Der Präsidentschaftsbewerber stünde damit in guter Tradition, denn Kanzler Helmut Kohl hätte nach der deutschen Wiedervereinigung eine „große politische Rede“ zum deutsch-amerikanischen Verhältnis gehalten – und zwar in Harvard.

Gleichwohl ist der Professor sicher, dass es eine „riesige Herausforderung“ werden würde, für Obamas Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Denn obwohl dieser noch gar nicht US-Präsident ist, so Junker, würden für ihn höchste Sicherheitsstandards gelten. Die Polizei Heidelberg will dazu gar nichts sagen. Wie und ob sich die Beamten bereits auf den möglichen Besuch vorbereiten? Kein Kommentator. Polizeisprecher Harald Kurzer gibt sich ungewohnt wortkarg: „Über Sicherheitsvorkehrungen reden wir nicht.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Dr. Ludwig Knorr, Winfried Knorr, Ruprecht Schulze · Chefredakteure: Winfried Knorr, Manfred Fritz, Inge Hölzke, Steliv. Dr. Klaus Welzel

Chef vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann
Politik: Manfred Fritz, Steliv. Dr. Klaus Welzel
Magazin: Rolf Kienle · Feuilleton: Volker Oesterreich
Wirtschaft: Thomas Veigel · Sport: Winfried Eller
Metropolregion/Bergstraße: Peter Wiest · Redaktion Heidelberg: Ingrid Thoms-Hoffmann, Steliv. Dr. Micha Hörnie · Kreis Redaktionen Heidelberg: Thomas Frenzel · Service: Inge Hölzke · Verlagsleiter: Thomas Scherf-Clavel, Joachim Knorr · Anzeigen: Thomas Scherf-Clavel (verantwortl.) Vertrieb: Michael Engert

Verlagsverwaltung: Udo Schmitt
Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2
Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH
Druck: Heidelberg Mediengestaltung - HVA GmbH, Heidelberg, Hauptstr. 23

Monatsbezugspreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 22,80 €, Abholabo 21,80 €, Postbezug 24,80 €
Streifenband 22,80 € + Porto. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher schriftlich beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgehalt ab dem 4. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 60. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberg Nachrichten, Wiesloch Nachrichten/Walldorfer Rundschau, Eberbach Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/Mannheim, Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten, Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.